

Bezirkswahlprogramm 2023

Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	1
1. Pflege: Alter, Krankheit, Respekt.....	2
2. Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung.....	3
3. Psychosoziale Versorgung, Psychiatrie und Nachwirkungen der Coronakrise.....	7
4. Drogen: Umdenken in der Drogenpolitik.....	9
5. Jugend stärken.....	11
6. Kultur: Was uns verbindet.....	11
7. Umwelt – Grundlage für alle.....	13
8. Auf den Punkt.....	14

Präambel

Der Bezirkstag ist bekannt als „Sozialparlament“, welches als dritte kommunale Ebene in wesentlichen Bereichen der Daseinsvorsorge für die Bürger:innen tätig wird. Der Bezirk ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für ältere und kranke Menschen sowie Bürger:innen mit Behinderung und muss deshalb ohne Wenn und Aber mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden – mit uns LINKEN sind Kürzungen in diesen Bereichen nicht zu machen!

Die Politik der sozialen Kälte der Bundesregierung hat konkrete Auswirkungen auf Länder und Kommunen. Durch die armutsfördernde Hartz-IV-Gesetzgebung, jetzt Bürgergeld, und durch eine verfehlte Gesundheits- und Pflegepolitik, deren Situation sich durch die Coronapandemie noch verschärft hat, droht das soziale Netz zu reißen. In den letzten Jahren und angeheizt durch die Pandemie und die Existenznöte aufgrund der krisenbedingten Teuerungen, haben die psychischen Erkrankungen aufgrund von Stress und Arbeitsverdichtung zugenommen. Denn so wie man hauptsächlich Frauen in der Pandemie allein gelassen hat mit Care-Arbeit, Homeoffice und Jobs im Pflege- und Dienstleistungsbereich, so lässt man jetzt auch die ärmeren Menschen mit ihren Sorgen rund um die Inflation und die Teuerungen alleine. Viele von ihnen wissen nicht, wie sie über die Runden kommen sollen und die Schlangen an den Tafeln werden immer länger.

Niedriglöhne, unfreiwillige Teilzeit und die aktuellen Preissteigerungen führen dazu, dass Menschen trotz Arbeit arm sind. Sie sind oft gezwungen, beim Jobcenter aufzustocken und leiden später dann unter Altersarmut. Deshalb tritt DIE LINKE. dafür ein, dass der Mindestlohn erhöht und das Bürgergeld durch eine Mindestsicherung ohne Kürzungs- und Sanktionsmöglichkeiten ersetzt wird.

Die Folgen dieser menschenfeindlichen Politik sind besonders auf kommunaler Ebene zu spüren. Nicht selten ist der Bezirk gezwungen, die Auswirkungen der gesellschaftlichen Verwerfungen aufzufangen, u. a. in psychiatrischen Einrichtungen und Diensten. Doch auch dort arbeitet man am Limit.

Im Bezirkstag werden wir Druck machen, damit die Würde von Betroffenen und Beschäftigten bewahrt bleibt und gute Standards durchgesetzt werden – auch diejenigen, die in den Werkstätten arbeiten, haben einen Mindestlohn verdient, denn sie sind keine Menschen zweiter Klasse! In allen Einrichtungen des Bezirks soll es selbstverständlich sein, dass alle Berufsgruppen nach TVÖD bezahlt werden und die Arbeitsbedingungen so ausgestaltet sind, dass die Beschäftigten nicht am Rand ihrer Belastungsgrenzen arbeiten müssen.

Es hat sich gezeigt: Privatisiert geht nicht besser und nicht billiger. Deshalb stellen wir uns der Privatisierung öffentlicher Aufgaben entgegen. Die Bezirksrät:innen der Partei DIE LINKE. setzen sich seit Jahren gegen jegliche Kürzungen im Sozialbereich in den bayerischen Bezirkshaushalten ein und drängen darauf, dass alles getan wird, was in der Macht der Bezirke steht, um Privatisierungen zu verhindern und soziale Funktionen zurück in kommunale Hände zu nehmen.

Neben den sozialen Aufgaben ist der Bezirkstag für Natur- und Umweltschutz sowie Kultur- und Heimatpflege zuständig. Auch in diesen Bereichen gilt es, die Förderungen zu verbessern, um Nachhaltigkeit und Qualität zu bewirken. Dazu gehört es, die Natur als Erholungsrefugium zu erhalten, aber auch Kulturstätten aller Art zu fördern, das kulturelle Vereinsleben zu unterstützen und regionale Vielfalt zu wahren.

1. Pflege: Alter, Krankheit, Respekt

Die Sparpolitik in der Pflege führt direkt in die menschliche Katastrophe. Traurige Realität in vielen Pflegeheimen und Kliniken ist massiver Personalmangel, der zu gefährlichen Versorgungslücken führt. Auch drei Jahre nach Beginn der Coronapandemie in Deutschland müssen Operationen aufgeschoben und Stationen geschlossen werden, da kein Personal vorhanden ist. Besonders die Nachtschichten sind chronisch unterbesetzt. Das gefährdet Leben von Patient:innen und bringt das Personal und ihre Familien an den Rand ihrer Belastungsgrenzen, was nun in eine Kündigungswelle mündete. Eine persönliche Zuwendung kann kaum oder gar nicht stattfinden und Fehler durch Überlastung sind zu befürchten. Die Pflegeberufe müssen deshalb endlich gesellschaftlich und finanziell aufgewertet werden: Die Löhne müssen steigen und damit der Beruf attraktiver gemacht werden. Gleichzeitig muss ein verbindlicher und vor allem ausreichender Personalschlüssel eingeführt werden, um beispielsweise genügend arbeitsfreie Wochenenden und Nächte zu ermöglichen (gesetzliche Personalbemessung). Durch die mangelnden Kontrollen in den Pflegeheimen werden Missstände zu spät aufgedeckt. Oft erfahren die Heimaufsichten erst auf Intervention der Angehörigen von katastrophalen Zuständen.

Viele Menschen können sich die Pflegekosten nicht leisten. Die Pflegeversicherung deckt diese nicht ab. DIE LINKE. setzt sich deshalb für eine solidarische Pflege-Vollversicherung ein. Bis dahin muss der Bezirk die Differenzbeträge übernehmen, wenn pflegebedürftige Menschen die Kosten

für einen Platz im Pflegeheim oder im Hospiz nicht selbst aufbringen können. Die ambulante Pflege der Menschen, die zu Hause leben, muss verbessert werden. Somit ermöglichen wir Menschen, in ihrem gewohnten Umfeld zu bleiben, also ein weitestgehend selbstbestimmtes Leben. Dazu müssen pflegende Angehörige eine Gleichstellung gegenüber den Pflegediensten erfahren und umfassende Schulungsangebote erhalten. Der Ausbau der ambulanten Pflegedienste unter fairen Arbeitsbedingungen wirkt unterstützend. Menschen die Wahl zu lassen, heißt, sie zu respektieren und ihnen ihre Würde zu lassen. Eine Lösung sollte nicht nur nach wirtschaftlichen Standpunkten gesucht werden. Außerdem gibt es jetzt schon zu wenig Heimplätze für Senior:innen, weshalb die ambulante Pflege eine Entlastung mit sich bringen würde. Dabei sollte auch bedacht werden, dass nicht alle zu Pflegenden der deutschen Sprache mächtig sind und dass hier verstärkt auf Mehrsprachigkeit im Pflgeteam geachtet werden sollte.

DIE LINKE. kämpft aus diesem Grund für eine solidarische Pflegeversicherung, in die alle entsprechend ihrem Gesamteinkommen einzahlen müssen. Damit wären eine Vollversicherung und ein besserer Personalschlüssel zu finanzieren. Mit einer solidarischen Pflege-Vollversicherung, in die alle einzahlen müssten, wäre eine bessere personelle Ausstattung in der Pflege sofort möglich. Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft in Köln könnten in Deutschland in der stationären Versorgung bis zum Jahr 2035 rund 307.000 Pflegekräfte fehlen. Deswegen muss sich endlich etwas ändern.

DIE LINKE. setzt sich ein:

- für bessere Bezahlung und mehr Personal in der Pflege.
- für objektive, regelmäßige und unangekündigte Qualitätskontrollen.
- für die Erhöhung der Fachkraftquote.
- dafür, dass Auszubildende und Praktikant:innen nicht eingesetzt werden dürfen, um fehlendes Fachpersonal zu ersetzen.
- dafür, dass die Qualität der Ausbildung verbessert wird.
- zusammenfassend für einen tariflichen Mindestlohn von 20 Euro pro Stunde und die Einhaltung sämtlicher Tarifbestimmungen.
- vor Ort für eine Einhaltung der Tarifverträge.

2. Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Gemeinsames Lernen, Arbeiten, Wohnen und ein Leben ohne Barrieren sind keine Selbstverständlichkeit in Deutschland. Dies ist ein Armutszeugnis.

Ziel linker Bezirkstagspolitik ist, dass alle Menschen gleichberechtigt am Leben teilnehmen können – mit oder ohne Behinderung. Der Ausgleich von behinderungsbedingten Erschwernissen und die

Umsetzung der Inklusion sind öffentliche Aufgaben und keine Privatsache. Wir unterstützen die Forderungen der Behinderten- und Sozialverbände und Selbsthilfegruppen nach mehr Selbstbestimmung, Eigenverantwortlichkeit und vorrangiger Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Betroffenen. Wir werden im Bezirkstag darauf achten, dass die entsprechenden Zielsetzungen der Gesetzgebung verwirklicht werden.

Die Bezirke sind für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zuständig, die in Deutschland durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und in Bayern durch das Bayerische Teilhabegesetz (BayTHG I und II) bereits ab Januar 2018 geltendes Recht geworden ist. So soll Menschen mit Behinderung z. B. durch das „Persönliche Budget“ und das „Budget für Arbeit“ ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden. Die im BTHG formulierte Kostenneutralität steht dem jedoch im Wege. Die bayerische Staatsregierung versprach vollmundig Besserstellungen, z. B. bei der Integration in den ersten Arbeitsmarkt durch die Neuregelung auf Landesebene. Geschehen ist hier nur wenig. Wir werden weiter Druck machen.

Wir werden Betroffene dabei unterstützen, ihre Rechte einzufordern. DIE LINKE. fordert, dass die Bezirke die Teilhabegesetze so anwenden, dass Menschen mit Behinderung bessergestellt werden, als sie es jetzt sind. Derzeit wird das Thema Inklusion häufig dazu missbraucht, notwendige Investitionen für bauliche Maßnahmen oder Personalaufstockung in speziellen Fördereinrichtungen aufzuschieben, mit der Begründung einer noch ausstehenden Sozialraumplanung.

Die Angebote der Eingliederungshilfe sind unzureichend. Vor allem die Hilfen und Angebote für behinderte Jugendliche und Senior:innen müssen entsprechend den spezifischen Bedarfen der Betroffenen ausgebaut werden.

Die wohnortnahe, interdisziplinäre oder frühe Förderung von behinderten und durch Behinderung bedrohten Kindern ist unbedingt auszubauen. Wir wollen die Schaffung inklusiver Kindergartenplätze und Schulen fördern.

Wir wollen „eine Schule für alle“. Die Einschulung behinderter Kinder in der Regelschule muss selbstverständlich werden. Das kann aber nur gelingen, wenn das qualifizierte Personal der Förderschulen ebenfalls in die Regelschulen integriert wird. Außerdem sind die notwendigen baulichen Voraussetzungen zu schaffen, denn inklusive Klassen oder Gruppen müssen kleiner und barrierefrei sein. Die didaktische Ausbildung der Lehrkräfte und Schulbegleiter:innen ist so auszubauen, dass die Pädagog:innen den bestehenden Herausforderungen gewachsen sind. Schulbegleitungen haben sich zu einer festen Institution im Schulalltag, in Klassenräumen und auf Pausenhöfen entwickelt und sind damit wichtige Partner von Eltern, Lehrkräften und Schulsozialarbeiter:innen. Das im Bundesteilhabegesetz vorgesehene „Zwangspooling“ von Schulbegleiter:innen – die gemeinsame Erbringung von Assistenzleistungen an mehrere leistungsberechtigte Menschen gegen deren ausdrücklichen Willen – wird abgelehnt. Die Schüler:innen sollen eine passgenaue und qualifizierte 1:1-Betreuung erhalten, bei der eine Schulbegleitung für einen jungen Menschen zuständig ist. Schulbegleitungen können aber keine

„Dauerlösung“ für die Beseitigung struktureller Teilhabebarrieren im bayerischen Schulsystem darstellen.

Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) sollen schrittweise umgestaltet werden: Beschäftigte in Werkstätten haben ein Recht auf ein reguläres Arbeitsverhältnis mit tariflicher Entlohnung. Als ersten Schritt für eine bessere Bezahlung von dauerhaft voll erwerbsgeminderten Menschen unterstützt DIE LINKE. den Vorschlag der Werkstatträte Deutschland e. V. für ein Basisgeld. Das Basisgeld sieht entsprechend diesem Vorschlag vor, dass jeder berechtigte Mensch pro Monat einen Betrag erhält, der bei 70 % des deutschen Durchschnittseinkommens liegt. Das Basisgeld würde aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden. Grundsicherung und ähnliche Transferleistungen würden dann wegfallen. Zusätzlich würden aber bestehende Leistungen, die aufgrund der Behinderung anfallen, zusätzlich gezahlt werden. Das Basisgeld als staatliche Leistung entkoppelt das Einkommen von der Arbeitsleistung. Es befreit die Menschen aus unwürdigen Situationen, die sie zum Teil bei der Grundsicherung erleben müssen. Menschen, die zum Beispiel in der WfbM arbeiten, hätten die Möglichkeit, sich zum Basisgeld noch etwas dazu zu verdienen.

DIE LINKE. fordert, den nur „arbeitnehmerähnlichen Status“ in den WfbM perspektivisch aufzuheben. Menschen mit Behinderung auf sogenannten Außenarbeitsplätzen in Unternehmen und bei öffentlichen Arbeitgebern sind tariflich nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zu entlohnen. Politisches Ziel der Partei DIE LINKE. ist es seit Langem, möglichst viele Beschäftigte der WfbM in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, wobei ein Wahlrecht für die Betroffenen bestehen muss. DIE LINKE. fordert, die Unterscheidung zwischen „werkstattfähigen“ und „nicht werkstattfähigen Menschen“ aufzuheben. Damit entfällt auch die Zugangsbedingung in eine Werkstatt: das Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Leistung.

All diese Forderungen sind wichtig für das konkrete Leben von Menschen, bearbeiten jedoch nur Fehler eines von Grund auf exkludierenden Systems: DIE LINKE. unterstützt die Aktivist:innen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bei ihrer Forderung, WfbM abzuschaffen.

Die Bezirke müssen dafür sorgen, dass die Möglichkeiten der Teilhabegesetze voll ausgeschöpft, alternative Leistungsanbieter unterstützt und ein Wechsel von der WfbM in den ersten Arbeitsmarkt und umgekehrt wesentlich erleichtert werden. Den Betroffenen steht z. B. die Möglichkeit offen, ein „Persönliches Budget“ zu beantragen, um eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auf allen Ebenen zu ermöglichen. Das Persönliche Budget ist eine alternative Leistungsform der Eingliederungshilfe. Durch das Persönliche Budget werden Betroffene zu Auftraggeber:innen, Kund:innen oder Käufer:innen für die benötigten Leistungen und bestimmen als „Expert:innen in eigener Sache“, welche Unterstützungsleistung für sie persönlich hilfreich und erforderlich ist.

Das Budget für Arbeit schafft für Menschen mit Behinderungen einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt und eine Alternative zur Beschäftigung in einer WfbM. Seit seiner Einführung wurde in Bayern weit weniger als 100 berechtigten Personen das Budget für Arbeit bewilligt.

Die Antragsverfahren für beide Budgetformen sind für die Betroffenen ohne Unterstützung Dritter nur schwer zu bewältigen. Auch der Zugang zu Leistungen der Bezirke im Rahmen von Blinden-, Hochschul- oder Kfz-Hilfe und anderen gesetzlich vorgesehenen Unterstützungsmöglichkeiten und Mobilitätshilfen ist stark reglementiert, der Behindertenfahrdienst in Teilen Bayerns nur erschwert und nicht im notwendigen Umfang nutzbar.

Wir werden Menschen mit Behinderungen dabei unterstützen, ihre Rechte gegenüber Behörden und Einrichtungsträgern einzufordern und wehren uns gegen weitere Leistungskürzungen und unnötige bürokratische Hürden. Leistungsempfänger:innen müssen – obwohl ihr Bedarf bereits ermittelt wurde – nachweisen, dass sie die erhaltenen Leistungen nicht „zweckentfremden“. Als LINKE kämpfen wir für die Abschaffung der Nachweispflicht, die das Bundessozialgericht bereits als unverhältnismäßig verurteilt hat. Wir treten Tendenzen in den Bezirken, Gelder zu Lasten der Berechtigten einzusparen und Menschen mit Behinderungen vorzuschreiben, was Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft beinhaltet, entschieden entgegen.

DIE LINKE. setzt sich ein:

- für den Mindestlohn für alle Arbeitenden in den Werkstätten. Als Schritt auf dem Weg zum Mindestlohn unterstützen wir die Werkstatträte bei ihrer Forderung nach einem Basisgeld für Werkstattbeschäftigte.
- für eine gravierende Verbesserung der Umsetzung der Teilhabegesetze in den Bezirken unter Mitwirkung der betroffenen Menschen und deren Interessensvertretungen.
- für eine konsequente Befreiung aller Einrichtungen der Bezirke von Barrieren, was nicht nur bedeutet, Hindernisse beim Zugang zu allen Gebäuden der Bezirke und ihrer Betriebe und öffentlichen Einrichtungen zu beseitigen, sondern auch, Untersuchungstechniken und Kommunikation den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen anzupassen; leichte Sprache und verständliche Patienteninformationen müssen selbstverständlich werden.
- für eine gute finanzielle Ausstattung der Bezirke durch den Freistaat Bayern, sodass die Kommunen mehr Mittel zur Ausgestaltung der Inklusion zur Verfügung haben.
- für die Förderung von gemeindenahen, betreuten, inkludierten Wohnformen, die stationären Heimaufenthalten vorzuziehen sind.
- für Verbesserung der Personal- und Sachausstattung in sämtlichen Einrichtungen der Behindertenhilfe und der regionalen und überregionalen Offenen Behindertenarbeit.
- für die volle Übernahme der Tarifsteigerungen bei den Einrichtungsträgern, die im Raum der Inklusion tätig sind und für eine angemessene existenzsichernde Bezahlung von Assistenzkräften.
- für eine unbürokratische schnelle Möglichkeit der Nutzung von gesetzlich vorgesehenen Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung.

3. Psychosoziale Versorgung, Psychiatrie und Nachwirkungen der Coronakrise

Nicht nur als Folge der dreijährigen Coronapandemie und der Umsetzung der damit verbundenen, freiheitsentziehenden Maßnahmen und dazugehörigen Kontaktbeschränkungen, erleben wir in Bayern einen exorbitanten und dramatischen Anstieg psychischer Erkrankungen. Die Coronakrise wirkte wie ein Verstärker schon lange bekannter, gesellschaftlicher Fehlentwicklung und sozialpolitischer Defizite. Die zunehmende soziale Kälte, Leistungsdruck am Arbeitsplatz, unzumutbare Arbeitsverhältnisse, unkalkulierbare Existenzängste, Vereinsamung, Armut, Angst vor Krieg und soziale Isolation sind nur einige Ursachen hierfür.

Die akutpsychiatrischen Aufnahmestationen in Bayern platzen aus allen Nähten, die Wartelisten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie werden immer länger und die Nachfrage nach ambulanten Hilfsangeboten ist höher denn je.

Die bayerischen Bezirke unterhalten eine große Zahl von psychiatrischen Krankenhäusern und sind für die Finanzierung der ambulanten psychosozialen Netze zuständig. Trotz des ständigen Ausbaus des ambulanten Betreuungsangebots, ist in Bayern die Anzahl der stationären Unterbringungen im bundesweiten Vergleich, gemessen am Durchschnitt der Bevölkerung, am größten.

Die psychotherapeutische Versorgung deckt in vielen Regionen bei Weitem nicht den Bedarf, insbesondere im ländlichen Bereich besteht eine drastische Unterversorgung an ambulanten Hilfsangeboten. Seit 2022 konnte, orientiert am Beispiel Mittelfrankens und Oberbayerns, ein Netzwerk an Krisendiensten nun in allen bayerischen Bezirken vorgehalten werden. Wir als LINKE in den bayerischen Bezirken hatten lange für den Ausbau dieser wichtigen Versorgungsstrukturen gestritten und konnten uns in den Bezirkstagen damit auch durchsetzen. Die Stärkung der ambulanten Krisendienste und die Hinzuziehung von psychiatrischen Fachkräften bei der Krisenintervention wird dabei helfen, viele Klinikaufenthalte in Bayern zu vermeiden.

Fachkräftemangel abstellen

Die mangelnde personelle Ausstattung in psychiatrischen Krankenhäusern, Überbelegung und räumliche Enge in den stationären Einrichtungen machen eine adäquate Versorgung von psychisch kranken Menschen häufig unmöglich. Die Arbeitsbedingungen für das Personal sind unzumutbar. Dies lässt sich auch daran ablesen, dass Fixierungen und Sedierungen immer noch stattfinden, da sie unter Zeitdruck oft als die einzige Lösung gesehen werden, jedoch für Patient:innen völlig menschenunwürdig sind. Große Teile des Pflegepersonals haben aus diesem und anderen ethischen Gründen ihren Gesundheitsberuf aufgegeben. Diese Menschen zurück in den Gesundheitsdienst zu holen, ist Aufgabe der Politik. Wir brauchen in der Psychiatrie weniger uniformiertes Sicherheitspersonal, sondern mehr hoch qualifizierte Pflegekräfte. Pflegekräfte, welche mit einem guten Gefühl ihre Schicht beenden und ihren Berufsethos nicht opfern müssen.

DIE LINKE. steht für eine Stärkung der Rechte von Patient:innen, Mitarbeiter:innen sowie eine Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Die psychiatrische Versorgung muss in Bayern in öffentlicher Hand bleiben und darf keinen Profitinteressen privater Anbieter geopfert werden. DIE LINKE. steht gegen jede Art von Ausgliederung, Umwandlung der Kliniken in Tendenzbetriebe mit Haustarifverträgen und alle anderen Privatisierungsversuche. DIE LINKE. steht in diesem Zusammenhang fest an der Seite der Beschäftigten. Wir sind davon überzeugt, dass das Wohl der Patient:innen nicht vom Wohl der Beschäftigten zu trennen ist. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt es nach wie vor zu lange Wartezeiten und zu wenig Angebote.

Nach der Krise ist vor der Krise

Von den Verwerfungen in der Coronakrise wurde gerade Kinder und Jugendliche in ihren frühen Entwicklungsphasen besonders hart getroffen.

Durch Kontaktverbote, Schulschließungen und dem daraus resultierenden Homeschooling blieben Lerninhalte teilweise auf der Strecke, Familien und Lehrkräfte waren gleichermaßen herausgefordert. Kinder und Jugendliche, die bereits vor der Pandemie Probleme bei der Bewältigung des Lernstoffs hatten und Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien, waren besonders von den Schulschließungen betroffen.

Eine Studie der Uniklinik Essen aus dem Jahr 2022 belegt extrem hohe Steigerungsraten von psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen. Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Suizidrate bei dieser Personengruppe um das Drei- bis Vierfache gestiegen.

Im Zuge der Krisenbewältigung und der Kompensation der Krisenschäden muss der Situation von Kindern und Jugendlichen verstärkt Rechnung getragen werden. Um die Nachteile für die junge Generation abzufedern, bedarf es eines Nachteilsausgleichs in Bezug auf Kindheit, Jugend und das junge Erwachsenenalter.

Die Aufstockung und der Ausbau von Beratungs-, Unterstützungs- und Informationsangebote für Kinder und Jugendliche, Familien und Fachkräften, sind damit Pflicht, genauso wie monetäre Unterstützungsleistungen speziell für Familien (u. a. Entschädigung nach InfektionsschutzG, Verdreifachung Kinderkrankentage, Kinderbonus, Notfall Kinderzuschlag).

Häufig vergessen wird die besondere Situation der psychisch kranken Migrant:innen. Für sie muss eine psychiatrische Betreuung in ihrer Muttersprache angeboten werden. Auch die Dolmetscherdienste für muttersprachliche Informationen über Hilfsangebote müssen dringend ausgebaut werden. Gerade bei den oft traumatisierten Geflüchteten ist dies zwingend erforderlich und für DIE LINKE. ein einzuforderndes Menschenrecht.

DIE LINKE. setzt sich ein:

- für eine umfassende, dezentrale ambulante Versorgung psychisch kranker Menschen.
- für den flächendeckenden Ausbau ambulanter Netze und psychosozialer Betreuung.

- für den zügigen Ausbau ambulanter Krisendienste und sozialpsychiatrischer Dienste, um stationäre Aufenthalte zu vermeiden.
- für den Ausbau des sozialpsychiatrischen Dienstes.
- für den Ausbau der gerontopsychiatrischen Dienste.
- für die Dezentralisierung der Rehabilitationseinrichtungen für psychisch kranke Jugendliche.
- für eine gesicherte Aufnahme von Menschen mit Behinderungen in die Psychiatrien.
- für umfassende Schulungen für Psychotherapie mit Menschen mit Behinderung.
- für die Abschaffung der Fallpauschalen in der Psychiatrie.
- für die Rekommunalisierung der Bezirkskliniken.
- für Tariftreue in sämtlichen Bezirkskliniken.
- für die Anhebung des Personalschlüssels und eine verbindliche Fachkraftquote.
- für die Schaffung unabhängiger Kontroll- und Beschwerdestellen für Patient:innen in der Psychiatrie.
- für eine umfassende Schulung in kultursensibler Pflege.
- für den Ausbau von Unterstützungsleistungen für Kinder und Jugendliche.
- für monetäre Hilfsleistungen und Entschädigung für Familien nach dem InfektionsschutzG.
- für den Fachkräfteausbau in Sachen Kinderschutz und den Frühen Hilfen.
- für den Ausbau von Beratungsangeboten für Migrant:innen mit psychischen Erkrankungen.

4. Drogen: Umdenken in der Drogenpolitik

DIE LINKE. setzt sich für einen Paradigmenwechsel ein: Weg von der Strafverfolgung, hin zu Prävention, Beratung und Hilfe sowie akzeptierender Drogenpolitik. Eine Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Drogen folgt keinem medizinischen oder wissenschaftlichen Prinzip, sondern ist zufällig und willkürlich. Erfahrungen zeigen, dass staatliche Verbote nicht vom Drogenkonsum abhalten. Im Gegenteil: In Bayern zeigt sich, dass eine repressive Drogenpolitik zu mehr Drogentoten führt. Polizeiliche Sanktionen und Strafverfolgung von Suchtkranken anstelle angemessener Therapieangebote lehnen wir deshalb ab. Zugleich bindet die Repression große finanzielle Mittel: Bundesweit werden mehrere Milliarden Euro für die Strafverfolgung ausgegeben, für Hilfe und Prävention jedoch nur ein Bruchteil davon.

Dabei sind Sucht und Abhängigkeit keine Verbrechen. Linke Drogenpolitik hat zum Ziel, Präventions- und Informationsangebote sowie akzeptanzorientierte und niedrigschwellige therapeutische Hilfen auszubauen. Eine enge Verzahnung von Suchtprävention, ausstiegsorientierten Hilfen, Drogensubstitution und Gesundheitshilfen für Drogenkranke ist

dringend erforderlich. Ein akzeptanzorientierter Ansatz resultiert auch aus der Erfahrung des Misserfolgs von Zwangstherapien und dem Elend der Kriminalisierungsspirale.

Beschaffungskriminalität, Prostitution, Gefängnis, Ansteckung mit Hepatitis oder HIV sind Teil dieser Abwärtsspirale. Die Entwöhnung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit sollte in Therapien aus diesem Grund nicht im Vordergrund stehen, sondern auch die Verbesserung der gesamten Lebenssituation wie auch die therapeutische Verarbeitung von suchtvorstärkenden sozialen Lebenslagen.

Im Vordergrund muss stehen: Schaden reduzieren und Leben retten. Deshalb wollen wir Möglichkeiten schaffen, unter sicheren und hygienischen Bedingungen und Aufsicht zu konsumieren. Die Drogen sollen auf Verunreinigung und schädliche Wirkungen getestet werden können (Drug-Checking). Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern und eine wissenschaftliche Studie aus Frankfurt haben positive Erfahrungen mit den Drogenkonsumräumen aufgezeigt. Die Ansteckungen mit Hepatitis C und HIV sind deutlich gesunken, sauberes Spritzbesteck und Impfungen werden angeboten, Therapieplätze können vermittelt werden. Die Notfallversorgung durch geschultes Personal rettet viele Menschen vor dem Tod. Drogenkonsumräume senken die Zahl der Rauschgifttoten und erleichtern den Abhängigen den Zugang zu spezialisierten Angeboten der Suchthilfe. Sie sind in Bayern längst überfällig!

DIE LINKE. setzt sich ein:

- für eine legale und vorrangig nicht kommerzielle Bezugsmöglichkeit von Cannabis und die Erlaubnis, Cannabis zu besitzen, zu konsumieren sowie zum eigenen Bedarf anzubauen.
- für die Vereinfachung der Rezeptfreigabe für Cannabis-Medikamente für Schwer- und Schwerstkranke.
- für eine Entkriminalisierung von Konsument:innen von Rauschmitteln, die unter das Betäubungsmittelgesetz fallen.
- für eine Anpassung der StVO, dass bei erstmaligem Fahren unter Cannabiseinfluss keine MPU notwendig ist (analog zu Fahren unter Alkoholeinfluss).
- für den Ausbau von Suchtberatungsstellen und Prävention.
- für den flächendeckenden Ausbau von ambulanten Angeboten, Wohngemeinschaften, Therapieeinrichtungen, Präventionszentren und Entzugsplätzen.
- für die Schaffung von niederschweligen Angeboten.
- für die Schaffung von Drogenkonsumräumen.
- für den Ausbau des Substitutionsnetzes, auch in Gefängnissen.
- für Drug-Checking als aktiven Gesundheitsschutz für Konsument:innen.
- für die psychologisch-medizinisch betreute Vergabe von Heroin an Schwerstabhängige.

- für das Verbot von Werbung für alle legalen Drogen.

5. Jugend stärken

Junge Menschen durchleben herausfordernde Zeiten. Sie erleben die Zerstörung unseres Planeten, einen Krieg in Europa und eine globale Pandemie. Sie mussten erleben, wie die maßgeblich von jungen Menschen getragenen Klimaproteste von weiten Teilen der Politik kriminalisiert und delegitimiert wurden. Auch während der Coronapandemie mussten junge Menschen oftmals als Sündenböcke herhalten und die Einschränkungen trafen junge Menschen besonders hart. Es ist korrekt, wenn die Trendstudie Jugend in Deutschland feststellt: „Seit dem Jahr 2018 befindet sich die Jugend in Deutschland im Krisenmodus“. Verwunderlich ist es daher nicht, dass unter jungen Menschen in Deutschland eine zweite Pandemie grassiert: eine Pandemie psychischer Belastungen. Wartezeiten von bis zu sechs Monaten auf eine Psychotherapie sind skandalös. Es bedarf daher dringend eines Ausbaus der psychotherapeutischen Angebote für Kinder und Jugendliche. Doch die Krisen treffen nicht alle jungen Menschen gleichermaßen hart. Kinder und Jugendliche, die sich im Lockdown nicht nur eine kleine Wohnung mit ihrer Familie teilen mussten, sondern auch ein Endgerät für das Homeschooling mit ihren Geschwistern, waren ebenso besonders belastet, wie junge Menschen mit Rassismuserfahrungen, körperlichen Beeinträchtigungen oder sonstigen zusätzlichen Belastungen. Angebote der Jugendarbeit bieten wichtige Schutz- und Freiräume für junge Menschen. Die demokratisch organisierte verbandliche Jugendarbeit ist darüber hinaus noch ein wichtiges Sprachrohr junger Menschen in einer Gesellschaft, die die Belange junger Menschen allzu oft ignoriert. Die Strukturen der Jugendarbeit müssen daher noch stärker unterstützt, ausgebaut und inklusiver gemacht werden. Räume für Jugendarbeit müssen dabei auch gegen die immer mehr Lebenszeit junger Menschen in Anspruch nehmende Schule „verteidigt“ werden.

DIE LINKE. setzt sich ein:

- für eine bessere Ausstattung der Jugendarbeit.
- für eine Fachstelle Inklusion bei den Bezirksjugendringen.
- für die Stärkung des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.
- für einen konsequenten, barrierefreien Ausbau der Jugendbildungsstätten.
- für einen Ausbau der psychotherapeutischen Angebote für junge Menschen.

6. Kultur: Was uns verbindet

„Unsere Geschichte ist die Geschichte von Kämpfen zwischen den Klassen, eine wütende Chronologie. Doch gelehrt wird uns die lange Reihe von Kronen und Thronen, und über allem waltet ein blindes Geschick“. Proletenpassion Schmetterlinge

Eine der Hauptaufgaben der Bezirke ist die Kultur- und Heimatpflege. Daher engagieren sich die Bezirke mit Einrichtungen, Veranstaltungen, Beratungen und Zuschüssen für den Erhalt und die

Bezirkswahlprogramm 2023

Vermittlung regionaler Kultur. Die Bezirke fördern die kulturelle Vielfalt in den Regionen durch verschiedene Aktivitäten, um die kulturelle Infrastruktur zu stärken und weiterzuentwickeln.

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass Kultur als Gemeinschaftsaufgabe und Staatsziel im Grundgesetz verankert wird. Wir setzen uns gegen Kommerzialisierung und die um sich greifende „Selbstaussbeutung“ von kleinen Kulturanbietenden ein. Der Zugang zur Künstlersozialkasse muss erleichtert werden, die Rechte von Autor:innen und Urheber:innen bei der Verwertung durch digitale Plattformen gestärkt werden. Kulturförderung ist für DIE LINKE. eine staatliche Aufgabe, keine Spielwiese, auf der die Privatwirtschaft in Gestalt von Stiftern und Mäzenen entscheiden.

Als Linke in den Bezirkstagen von Bayern setzen wir uns speziell für die Förderung kleiner regionaler Kulturbetriebe ein. Diese müssen Vorrang vor kulturellen Großevents haben. Die Konzentration auf die Förderung von sogenannter Hochkultur muss der Vergangenheit angehören. Der Bezirk muss alternative und inklusive Kultur fördern und finanzieren. Kleinen Kultureinrichtungen, Vereinen und Projekten muss der Zugang zu Fördermitteln erleichtert werden.

In den Freilandmuseen der Bezirke bestehen wir auf der Schwerpunktsetzung der Dokumentation der Wohn- und Arbeitsverhältnisse der „kleinen Leute“ und Bauern vom Mittelalter bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts. Auf die Darstellung des höfischen Geplänkels und der Prunkbauten der Herrschenden zu dieser Zeit können wir verzichten und sie hat in den bayerischen Freilandmuseen nichts zu suchen.

Die hervorragende Arbeit der Bezirksjugendringe bedarf einer noch stärkeren Unterstützung. Als einen Grundsatz unserer Förderung der Bezirksjugendringe gilt: möglichst große Unterstützung, möglichst wenig politische Einmischung.

Die bildenden Künste kommen bei der Kulturförderung des Bezirks oft zu kurz. Auch der Wert regionaler Kunst bemisst sich nicht nach ihrer Vermarktbarkeit. Wir als LINKE stehen daher ein für eine Kunst- und Kulturförderung, die unabhängig ist vom Prestige der Akteur:innen und vom Geldbeutel der Teilhabenden – wir sagen, gute Kunst- und Kulturförderung stattet die Kunst- und Kulturschaffenden mit ausreichend Mitteln aus, um sich ihrer Aufgabe zu widmen und lässt alle teilhaben, unabhängig vom Geldbeutel, von Herkunft, Behinderung, Alter oder Klasse.

Als Antifaschist:innen werden wir uns immer konsequent gegen die Verherrlichung der NS-Herrschaft durch bezirksfinanzierte Kriegerdenkmäler aussprechen und uns für ein würdevolles Erinnern an die Opfer stark machen.

DIE LINKE. setzt sich ein:

- für einen höheren Stellenwert der Jugend-, Sub-, und Popkultur.
- für die Förderung von Kunst- und Kulturprojekten, an denen alle teilhaben können, statt Groß- und Prestigeprojekte.

- für einen Bayernpass, der allen Sozialleistungsbezieher:innen einen kostenfreien Eintritt bei Kultur, Bildung, Sport und Freizeit sichert und dadurch eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben erleichtert.
- Wir fördern Projekte zur Stärkung der demokratischen Kultur und die Erinnerungsarbeit an Faschismus und Widerstand. Dazu gehört für uns auch das Vorleben demokratischer Prinzipien in Form von größerer Transparenz der Bezirkstage.
- Die Arbeit der Bezirkstage stärker der Öffentlichkeit zu vermitteln. Insbesondere muss mehr Transparenz geschaffen werden, da die Bürger:innen Bayerns das Recht darauf haben, Informationen über die Entscheidungen der von ihnen gewählten Vertreter:innen zu erhalten.
- für die Erleichterung des Zugangs zu Künstlersozialkassen.
- für die Aufnahme der Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz.
- gegen höfisches Geplänkel in den bayerischen Freilandmuseen.
- für eine höhere Förderung und mehr Unabhängigkeit der Bezirksjugendringe.
- für die Förderung der digitalen Dokumentation alter Kulturschätze, traditionellen Liedguts, Handwerkstechniken etc.
- für mehr Alltagskultur anstatt Hochkultur.

7. Umwelt – Grundlage für alle

Der Schutz von Umwelt und Natur ist eine weitere Aufgabe des Bezirks. DIE LINKE. wird die Zerstörung der Umwelt und Natur skandalisieren und sich für den Vorrang des Naturerhalts vor Profitinteressen einsetzen. Der Bezirk muss aktiv seinen Anteil bei der Reduzierung des Flächenfraßes in Bayern leisten. Darauf wollen wir den Fokus legen, statt immer weitere Flächen als Bauflächen auszuweisen.

Die Vorkommnisse im Bezirk Mittelfranken haben es deutlich gezeigt – gute Bezirkstagspolitik beinhaltet Druck zu machen für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Lebensraum Natur. Zusammen mit Bürger:innen und Initiativen vor Ort konnte DIE LINKE. im Bezirkstag verhindern, dass das Muna-Gelände am Brombachsee dem Bauvorhaben des Privatinvestor Center Parcs zum Opfer fiel, sodass der einzigartige Lebensraum für Flora und Fauna erhalten werden konnte. Dies zeigt, DIE LINKE. meint es ernst mit ihrem Engagement für die Umwelt, ganz im Sinne von Artikel 141 der bayerischen Verfassung: „Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist, auch eingedenk der Verantwortung für die kommenden Generationen, der besonderen Fürsorge jedes Einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut [...]. Der Genuß [sic] der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur [...] ist jedermann gestattet. [...] Staat und Gemeinde sind berechtigt und verpflichtet, der Allgemeinheit die Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen

landschaftlichen Schönheiten freizuhalten und allenfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechtes freizumachen sowie Wanderwege und Erholungsparks anzulegen.“

DIE LINKE. steht dafür ein, dass Natur- und Erholungsraum nicht privatisiert wird und dass, abgesehen von den vorgesehenen und ebenso notwendigen Schutzflächen, der Naturraum allen Menschen zur Erholung zugänglich gemacht wird, anstatt denjenigen vorbehalten zu bleiben, die für die Filetstücke bezahlen können.

An den landwirtschaftlichen Hochschulen der Bezirke fordern wir eine Ausrichtung auf nachhaltige und zukunftssträchtige Methoden in der Landwirtschaft. Der Klimawandel stellt die Menschheit und insbesondere die Landwirt:innen als diejenigen, die für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln da sind, vor immense Herausforderungen. Ziel muss es daher sein, eine Landwirtschaft zu etablieren, die – ohne das Ausbringen von toxischen Ackergiften und umweltschädlichen Methoden – nachhaltig mit den Ressourcen umgeht und für Ernährungssicherheit und -souveränität sorgt, indem regionale Kreisläufe aufgebaut werden. Der Grundstein soll dafür in den Hochschulen gelegt werden.

DIE LINKE. fordert:

- den Einsatz des Bezirks für die Bewahrung von schützenswerten Naturräumen, gegen Privatisierungen.
- eine artenreiche Flora und Fauna als Naturlandschaft und Lebensraum.
- eine Reduzierung des Flächenfraßes durch über den Bezirk finanzierte Einrichtungen.
- Umwelt- und Tierschutzstandards in der Landwirtschaft.
- die Förderung der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft ohne Pestizide und genverändertem Saatgut.
- ein Verbot von Glyphosat und genmanipuliertem Saatgut auf allen vom Bezirk genutzten und verpachteten Flächen.
- die stärkere Umsetzung des ökologischen Landschafts- und Gewässerschutzes.
- In den Bezirkstagen eigens eingerichtete Koordinierungsstellen Klimaschutz unter Einbezug der schon kommunal vorhandenen Klimamanager:innen.
- Eine Förderung und Unterstützung der Gemeinden bei der Erstellung von CO2-Bilanzierungen.
- Die verstärkte Unterstützung der bäuerlichen klein- und mittelständischen Betriebe in Bezug auf die ökologische Bewirtschaftung bzw. Umstellung und der Hilfe und Reduzierung des bürokratischen Aufwands.
- Die Förderung alternativer Wirtschaftsmodelle wie die solidarische Landwirtschaft und Kreislaufwirtschaft.

8. Auf den Punkt

Ziel linker Politik im Bezirk ist es, die bestehenden Verhältnisse in den Einrichtungen des Bezirks grundlegend zu verbessern, Missstände aufzudecken, Politik mit und für alle Bürger:innen zu machen und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde und ohne finanzielle Not zu ermöglichen.

Aus diesem Grund lehnt DIE LINKE. alle Formen von Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ab. Die bereits erfolgte Teilprivatisierung der bezirkseigenen Kliniken und Einrichtungen hat Outsourcing, Lohnkürzungen bei den Mitarbeiter:innen und Stellenabbau zur Folge. Die Gründung von Nebenbetrieben zum Zweck des Lohndumpings muss beendet werden. Wir treten dafür ein, dass ausgelagerte Bereiche wieder in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt und bereits privatisierte Betriebe umgehend rekommunalisiert werden.

Uns ist es wichtig, dass die Arbeit der Beschäftigten in der Altenpflege, in den Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung gewürdigt und aufgewertet wird. Hierzu gehören eine faire Bezahlung und gute Arbeitsvertragsbedingungen. Deshalb treten wir dafür ein, dass der Bezirk tarifliche Arbeitsbedingungen als Qualitätsmerkmal beim Abschluss von Leistungsvereinbarungen voraussetzt und die Finanzierung sicherstellt. Außerdem treten wir dafür ein, dass die kirchlichen Träger dazu verpflichtet sind, sich an das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zu halten – Diskriminierung darf in keinem Beschäftigungsverhältnis einen Platz haben.

Die Arbeit in der Altenpflege, in den Krankenhäusern und in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung muss menschengerecht gestaltet werden. Arbeit darf nicht krank machen. Deshalb treten wir dafür ein, dass die nachgewiesenen Kosten für den gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu 100 % vom Bezirk refinanziert werden.

Die Mitbestimmung von Heimbeiräten und Beschäftigtenvertretungen sehen wir als Selbstverständlichkeit in einer Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass die nachgewiesenen Aufwendungen für die gesetzliche Arbeit von Heimbeiräten, Personal- und Mitarbeitervertretungen sowie Betriebsräten zu 100 % vom Bezirk refinanziert werden.

Wir wollen, dass sich die Bürger:innen jederzeit über die Themen, die im Bezirkstag beraten und beschlossen werden, umfassend informieren können. Wir treten deshalb dafür ein, dass Sitzungsunterlagen, Protokolle und Beschlüsse von öffentlichen Sitzungen im Internet veröffentlicht und für alle Menschen zugänglich gemacht werden und eine Videoaufzeichnung stattfindet. Die Homepage des Bezirks ist als barrierefreier Internetauftritt zu gestalten.

Zu einer echten kommunalen Selbstverwaltung gehört eine ausreichende Finanzierung. Bisher ist der Bezirk u. a. durch Umlagen der Landkreise und kreisfreien Städte finanziert. Da die finanzielle Ausstattung der Kommunen beschränkt ist, ist die Festlegung der Umlage stets ein halbbrecherisches Unterfangen. Die Haushaltsdiskussionen in den bayerischen Bezirkstagen

Bezirkswahlprogramm 2023

vermitteln häufig den Eindruck, es gäbe einen Wettbewerb um die weitestgehende Absenkung der Bezirksumlage. Dies führt zu einer Sozialpolitik nach „Kassenlage“.

DIE LINKE. tritt für eine direkte, den Aufgaben entsprechende ausreichende Finanzierung durch den Freistaat und den Bund ein.

Die massenhafte Zunahme von Billiglöhnen, Leiharbeit, Minijobs und Erwerbslosigkeit sorgt dafür, dass die Menschen kaum etwas in die Sozialkassen einzahlen können. All diese Menschen sind im Alter arm und werden auf Sozialhilfe oder Grundsicherung angewiesen sein.

Die Kommunen können diese Last nicht allein bewältigen. Wir wehren uns dagegen, dass die Kommunen und die Bezirke mit den Folgen der von der Bundesregierung forcierten Armutspolitik im Regen stehen gelassen werden.

Angesichts des Rechtsrucks und des Wiedererstarkens des Nationalismus in Deutschland und Europa sehen wir die Bezirke in der Verantwortung, einer solchen Entwicklung die Stirn zu bieten. In den Zeiten des Nationalsozialismus sind in den Heil- und Pflegeanstalten, den jetzigen Bezirkskliniken in Bayern, Tausende Menschen dem Euthanasieprogramm der Nazis zum Opfer gefallen. Das Gedenken an diese Menschen wollen wir aufrechterhalten und weiter ausbauen. In den Bezirkstagen werden wir jeder Art von Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung mit aller Entschlossenheit entgentreten.

DIE LINKE. ist angetreten, gegen die bestehende Politik der sozialen Grausamkeiten Widerstand auf allen politischen Ebenen zu leisten. Kämpfen Sie gemeinsam mit uns für ein soziales, lebenswertes Bayern und unterstützen Sie unsere Kandidat:innen bei der Wahl zum Bezirkstag!